

Skepsis nach der Einigung

Politik Das zähe Ringen zwischen der CDU und der CSU in der Asylpolitik ist beendet. Es sollen Transitzentren eingerichtet werden. Doch nicht jeder Politiker ist davon begeistert.

Über Wochen stritten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer über die Asylpolitik der Bundesregierung. Kurz drohte Horst Seehofer sogar mit Rücktritt. In der Nacht auf Dienstag einigten sich beide Seiten. Im Kern ging es um die Frage, ob Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Merkel sagte Nein, sie will offene Grenzen in Europa, Seehofer wollte die Kontrollen hingegen einführen. Nun gibt es einen Kompro-

miss. Ein Kompromiss aus, der völlig im Sinne von Thorsten Frei, CDU-Bundestagsabgeordneter des Schwarzwald-Baar-Kreis, ist. „Es ist eine sehr gute Lösung und ein naheliegender Kompromiss“, sagt er. Er wünschte sich, dass dieser Antrag auch an anderen Gemarkungen wie beispielsweise an der deutsch-schweizerischen Grenze angewendet werde. Frei weist darauf hin, dass schon 2015 Transitzentren, damals noch Transitzonen genannt, in der Großen Koalition zur Debatte standen. Damals wurde dieser Antrag jedoch von der SPD abgelehnt.

Löw und Klinge kritisch

Kein Wunder also, dass Jens Löw, SPD-Kreisvorsitzender, eher skeptisch gegenüber dem ausgehandelten Kompromiss der beiden Schwesterparteien ist. Geht es nach der Meinung des Kreisvorsitzenden müsse seine Partei nun gründlich überprüfen, ob sie dem Antrag zustimmt. „Man muss erst einmal schauen, ob die Vorstellungen der CDU und CSU mit denen der SPD übereinstimmen“, erklärt er. Eine Kasernierung der Flüchtlinge, also eine Unterbringung in Lager, wie 2015 von der Union vorgeschlagen, lehnt Löw nach wie vor strikt ab. In erster Linie müsse ein menschenwürdiger Umgang mit den Flüchtenden garantiert sein, erklärt der SPD-Politiker.

Auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge hält den Unionskompromiss im Asylstreit für unzureichend. „Transitzentren werden uns nun als Lösung verkauft. Ich bin skeptisch, was dieser Kompromiss in der Praxis wert ist und wie lange

er tatsächlich trägt“, sagt er. Der 37-jährige Villingener betont, dass Transitzentren bestenfalls ein Baustein für die Asylpolitik sind. Ein Durchbruch sei damit in der Flüchtlingspolitik aber noch lange nicht erreicht. Laut dem FDP-Politiker sind die Probleme der Migrationsfrage noch völlig offen. „Was passiert mit den Flüchtlingen, die schon in Deutschland sind? Und wie können Verfahren beschleunigt werden?“. Diese Fragen gelte es zunächst zu klären, so der Bundestagsabgeordnete.

Klinge stellt heraus, dass die Oppositionspartei FDP eine andere Lösung im Asylstreit bevorzuge. „Wir halten an einem europäischen System fest. Wir wollen unseren europäischen Grenzschutz Frontex als Behörde austatten“.



FDP-Bundestagsabgeordneter Marcel Klinge ist für den europäischen Grenzschutz Frontex.

Um seinen Forderungen in der Asylpolitik mehr Ausdruck zu verleihen, drohte Innenminister Horst Seehofer mit Rücktritt, den er in letzter Minute jedoch wieder zurückzog. Diesen Schritt bewerten die Politiker Frei und Löw recht unterschiedlich. Während Thorsten Frei zugibt, dass seine Partei hier keine gute Vorstellung abliefern und der Innenminister an Glaubwürdigkeit verloren habe, ist Jens Löw deutlicher. „Seehofer sollte daraus seine Konsequenzen ziehen“, fordert der SPD-Kreispolitiker.

Jens Löw vermutet hinter Seehofers Verhalten eine klare Strategie. „Alles zielte darauf ab, Merkel zu erpressen“, so Löw. Für einen demokratischen Politiker sei so ein Verhalten jedoch unwürdig, ist seine Auffassung.

bre



CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei spricht sich für Transitzentren aus. Fotos: Archiv

miss: Transitzentren an der deutsch-österreichischen Grenze. Dieses Grenzregime soll sicherstellen, dass Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise gehindert werden. Die beiden Schwesterparteien han-



SPD-Kreisvorsitzender Jens Löw legt seiner Partei nahe, den Kompromiss zu prüfen.